

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Bilanz des Ausbildungspakts im Lande Bremen

Bildung ist der Schlüssel für eine selbstbestimmte Lebensführung, gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg. Die Bildung und Qualifizierung unseres Nachwuchses entscheidet maßgeblich über die Wettbewerbsfähigkeit Bremens als Wirtschaftsstandort. Gerade der beruflichen Bildung kommt dabei für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine besondere Bedeutung zu. Die duale Berufsausbildung ist seit Jahrzehnten eine bewährte und wichtige Quelle für den Fachkräftenachwuchs. Ihre größte Stärke ist die Verankerung in der beruflichen Praxis in Verbindung mit der theoretischen Unterweisung in den beruflichen Schulen. So gelingt es dem dualen System, Ausbildungsinhalte, bezogen auf die Bedarfe der Wirtschaft, auf dem neuesten Stand zu vermitteln und daraus resultierend eine höhere Anzahl von Absolventen einer betrieblichen Ausbildung im Anschluss daran in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen, als dies in anderen Ländern mit rein schulischen Ausbildungen der Fall ist.

Die häufig kritisierte mangelnde Ausbildungsreife von Schülerinnen und Schülern, insbesondere mit Hauptschulabschluss sowie Schülerabgänger ohne Schulabschluss, stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Die Defizite bei Schulabgängern sind für viele Unternehmen ein ernst zu nehmendes Ausbildungshemmnis mit gravierenden Folgen für die Versorgung der Wirtschaft mit qualifizierten Fachkräften. Daher ist es essenziell, dass jedem ausbildungswilligen jungen Menschen mit der bestmöglichen Ausbildung eine Perspektive für sein Leben gegeben wird. Um diese Perspektive zu eröffnen, ist ein hervorragendes Bildungssystem notwendig. Ein wichtiges Instrument dafür, das jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatzangebot gemacht werden kann, stellt der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs (kurz Ausbildungspakt) dar, der im Jahr 2004 erstmals zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft (BDA, BDI, DIHK, ZDH, BfB) für die Dauer von drei Jahren geschlossen und im Jahr 2007 um weitere drei Jahre verlängert wurde.

Erfreulich ist, dass die Wirtschaft im Jahr 2009, wie bereits in den vergangenen Jahren, ihre Ausbildungsplatzzusagen trotz der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise übererfüllt hat. Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion steht daher fest, dass sich der Pakt auch und gerade in Krisenzeiten bewährt hat. Sie begrüßt es, dass die Bundesregierung und die beteiligten Spitzenverbände der Wirtschaft eine Verlängerung des Ausbildungspakts über das Jahr 2010 hinaus anstreben. Gleichwohl bleiben die zentralen Herausforderungen auch im Ausbildungsjahr 2010 bestehen: die passgenaue Vermittlung in Ausbildung, die Verbesserung der Ausbildungsreife von Jugendlichen und die Integration von sozial benachteiligten und lernbeeinträchtigten Jugendlichen in Ausbildung. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf der entsprechenden Risikogruppe unter den Altbewerbern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegen. Diese Jugendlichen bieten ein großes wirtschaftliches Potenzial, um dem aufkommen den Fachkräftemangel der Wirtschaft zu begegnen.

Für Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz in einem Betrieb fanden, bieten die durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) geförderten Instrumente der Einstiegsqualifizierung (EQ) sowie der außerbetrieblichen Ausbildung eine Alternative zur Aufnahme einer Ausbildung. Allerdings besteht bei der außerbetrieblichen Ausbildung die Gefahr, dass diese wegen der häufig unzureichenden Vermittlung betrieblicher Ausbildungsinhalte nur wenig nachhaltig ist und nicht den

Weg in eine duale Ausbildung oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung öffnet. Die in der außerbetrieblichen Ausbildung erworbenen Kompetenzen sind häufig nicht passgenau genug und werden von den Betrieben nur selten auf eine nachfolgende betriebliche Ausbildung angerechnet. Auch kritisiert eine zunehmende Zahl von Betrieben den mit der Einstiegsqualifizierung verbundenen hohen Verwaltungsaufwand.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie gestaltet sich die Bilanz des Ausbildungspakts im Lande Bremen für das Jahr 2009 (Anzahl angebotener und vermittelter Ausbildungsplätze, Anzahl angebotener, vermittelter und unbesetzter Einstiegsqualifizierungen, Anzahl angebotener und vermittelter außerbetrieblicher Ausbildungsmaßnahmen, Übergangsquoten in eine duale Ausbildung oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus EQ- und außerbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen, Anzahl an Altbewerbern, Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung)?
2. Wie hoch sind die Zahl und der Anteil an Schulabgängern ohne Abschluss, und wie hoch sind die Zahl und der Anteil jugendlicher Menschen bis 29 Jahre ohne Berufsabschluss jeweils im Lande Bremen?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die ausbildungsbegleitenden Hilfen bei Jugendlichen und Betrieben bekannter zu machen?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, den Verwaltungsaufwand insbesondere bei den Einstiegsqualifizierungen zu reduzieren?
5. Welche Mechanismen werden zur Erfolgskontrolle des Instruments der außerbetrieblichen Ausbildung eingesetzt, und welche Möglichkeiten sieht der Senat, das Instrument stärker mit betrieblichen Komponenten zu verzahnen?
6. Befürwortet der Senat eine Verlängerung des Ausbildungspakts, und wenn ja, wann will der Senat zu entsprechenden Verhandlung einladen?

Jörg Kastendiek, Claas Rohmeyer, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU